



Staatssekretariat für Wirtschaft SECO
Direktion für Wirtschaftspolitik
Holzikofenweg 36
3003 Bern

Per Mail: wp-sekretariat@seco.admin.ch

Bern, 22. November 2018

**Indirekter Gegenvorschlag zur Fair-Preis-Initiative:
Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Bundesrat,
sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen bestens für die Gelegenheit, zum indirekten Gegenvorschlag zur Fair-Preis-Initiative Stellung nehmen zu können. Der Schweizerische Städteverband vertritt die Städte, städtischen Gemeinden und Agglomerationen in der Schweiz und damit gut drei Viertel der Schweizer Bevölkerung.

Mit dem indirekten Gegenvorschlag zur Fair-Preis-Initiative anerkennt der Bundesrat das Anliegen der Initianten, die internationale Preisdiskriminierung von Nachfragern aus der Schweiz, den sogenannten «Schweiz-Zuschlag», zu bekämpfen. Der Gegenvorschlag sieht vor, das Kartellgesetz anzupassen und das Konzept der relativen Marktmacht aufzunehmen. Damit soll die Beschaffungsfreiheit von Schweizer Unternehmen im Ausland gestärkt und sollen Parallelimporte erleichtert werden.

Der Städteverband beurteilt den Gegenvorschlag positiv und erachtet die ihm zugrundeliegenden Überlegungen als plausibel. Einzelnen aufgrund ihrer Grenz Nähe besonders betroffenen Mitgliedern geht der Gegenvorschlag indes zu wenig weit. Sie fordern daher eine Anpassung im Sinne der parlamentarischen Initiative von Hans Altherr. Im Grundsatz begrüsst der Städteverband den Gegenvorschlag des Bundesrates aber als Schritt in die richtige Richtung.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Städteverband

Präsident

Kurt Fluri, Nationalrat
Stadtpräsident Solothurn

Direktorin

Renate Amstutz

Kopie Schweizerischer Gemeindeverband